

hier:

Ärzte Zeitung online,

24.03.2017



Reha bei Pflegebedürftigkeit



Schnittstellenprobleme angehen!

Läuft der Grundsatz "Reha vor Pflegebedürftigkeit" ins Leere, weil die Anreize dafür fehlen? Auf einer Podiumsdiskussion beim [Deutschen Pflorgetag in Berlin](#) gehen Experten und Politiker dieser Frage nach. Als Gründungspartner ist der AOK-Bundesverband auch bei der vierten Auflage der Veranstaltung mit einem eigenen Programmangebot beteiligt.

Von Thomas Hommel



Kommentieren (0)



Auf der Baustelle Pflege ist auch mit Einführung des neuen Pflegebegriffs und höheren Geld- und Sachleistungen noch nicht alles getan.

© Jochen Tack / AOK-Mediendienst

BERLIN. Mancher dürfte seinen Augen und Ohren nicht trauen: Einer der größten Umbrüche im deutschen Gesundheitswesen – die Umstellung der drei Pflegestufen auf fünf Pflegegrade – vollzieht sich derzeit nahezu geräuschlos. Angesichts jahrelanger Diskussionen über einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ist das nicht eben selbstverständlich. Zumal die Einführung der neuen Pflege-Philosophie, mit der die Fähigkeiten eines Pflegebedürftigen in den Mittelpunkt der Begutachtung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) rücken, gleich mehrere Millionen Bundesbürger betrifft. Allein die AOK informierte bis Ende 2016 insgesamt 1,5 Millionen Versicherte über ihren neuen Pflegegrad. Pünktlich zum 1. Januar 2017 wurden die angepassten Pflegegeldleistungen ausgezahlt.

Neuer Blick auf Pflegebedürftigkeit

Klar ist aber auch: Bis der neue Blick auf den pflegebedürftigen Menschen von Angehörigen, MDK-Gutachtern, Pflegekräften, Haus- und Heimärzten verinnerlicht ist, braucht es noch eine Weile. "Die größte Herausforderung ist jetzt, den neuen Blickwinkel in der Pflegeberatung, der Pflegeplanung und im Pflegeprozess einschließlich Dokumentation und Qualitätssicherung umzusetzen", betont der Vorstandschef des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch. Nach drei Reformen brauche es eine "Phase der Konsolidierung" in der Pflege.

Diese Zeit, rät die Direktorin des Instituts für Medizinische Soziologie und

Rehabilitationswissenschaft an der Berliner Charité, Professor Adelheid Kuhlmei, müsse genutzt werden, den neuen Pflegebegriff in seiner Wirkung für Pflegebedürftige zu evaluieren: "Ist dies der richtige Weg, sich dem Zustand Pflegebedürftigkeit zu nähern? Schließen wir wiederum bestimmte Gruppen mit dem neuen Begriff aus?" Solche Fragen seien anhand praktischer Erfahrungen zu beantworten.

Es gibt noch Handlungsbedarf

Getan ist auf der Baustelle Pflege freilich auch mit Einführung des neuen Pflegebegriffs, höheren Geld- und Sachleistungen sowie neuen Beratungsangeboten noch nicht alles. Weiteren Handlungsbedarf sehen Experten bei einer zentralen Schnittstelle zwischen gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und sozialer [Pflegeversicherung](#) (SPV). Gemeint ist das Zusammenspiel beim Thema Rehabilitation und Pflege.

Kritisiert wird vor allem, dass die finanziellen Anreize hier nicht optimal gesetzt sind: So würden Reha-Angebote zur Vermeidung oder Verminderung von Pflegebedürftigkeit nicht ausgeschöpft, weil der Versicherungszweig, der für die Rehabilitation aufkomme – die GKV –, nicht von deren Ertrag profitiere. Die Folge sei, dass pflegerische Rehabilitation "in der Praxis fast bedeutungslos ist", moniert Maria Klein-Schmeink, gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag. Sie schlägt vor: "Eine Option könnte sein, die [Pflegeversicherung](#) zum Reha-Träger zu machen, um so ein eigenes Interesse an der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit zu entwickeln." Harald Weinberg, Gesundheitsexperte der Linksfraktion, wiederum verweist auf eine altbekannte Forderung seiner Partei: Mit Einführung einer "Solidarischen Gesundheits- und [Pflegeversicherung](#)" ließen sich "die Beiträge in der GKV um ein Drittel" senken und in der [Pflegeversicherung](#) "Leistungsangebote flächendeckend ausbauen".

Reformbedarf haben auch Koalitionspolitiker ausgemacht. Bestimmte Schnittstellen zwischen Kranken- und [Pflegeversicherung](#) seien bereits "neu geregelt" worden, sagt die Gesundheitssprecherin der Unionsfraktion, Maria Michalk (CDU). "Verbesserungswürdig ist der Bereich der geriatrischen Rehabilitation. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die Bereitschaft und Anwendung dieser Leistungen der Krankenversicherung und der [Pflegeversicherung](#) deutlich erhöhen. Überlegenswert ist, diese Leistungen künftig auf die [Pflegeversicherung](#) übergehen zu lassen." Im Gegenzug sollte die GKV für die medizinische Behandlungspflege aufkommen.

Auch Bettina Müller, Gesundheitsexpertin der SPD-Bundestagsfraktion, sieht mit Blick auf die Aufgabe, "Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu mindern oder zu verzögern" noch viel zu tun. Grundsätzliche gelte es, "das Potenzial von Gesundheitsförderung und [Prävention](#)" stärker als bisher zu nutzen. "Hier sind wir mit dem Präventionsgesetz in dieser Legislaturperiode nur einen kleinen Schritt weitergekommen."

Aktivierende Langzeitpflege gefragt

AOK-Chef Martin Litsch rät, sich die Schnittstelle Reha/Pflege genau anzuschauen – und sie dann neu zu justieren. "Die pauschale Kritik, dass die GKV Reha bei Pflegebedürftigen nicht ausreichend fördert, da sie vom Erfolg nicht profitiert, greift bei genauerer Betrachtung nicht." Der Grund für die Zurückhaltung liege woanders, ist Litsch überzeugt.

So könne eine Reha bei Pflegebedürftigkeit zwar punktuell die Situation des Pflegebedürftigen verbessern. Diese Effekte seien aber häufig nicht nachhaltig, da nach Abschluss der Reha im Alltag oft keine "kontinuierliche Mobilisierung und Aktivierung der Selbsthilfefähigkeit der Pflegebedürftigen" stattfinde. "Deshalb sollte in der [Pflegeversicherung](#) die Rechtsgrundlage für einen niedrighschwelligen Zugang zu einer aktivierend-therapeutischen Pflege geschaffen werden." Auf diese Weise könnten Physio-, Ergo- oder Logotherapeuten die Langzeitpflege unterstützen. "Das wäre ein Ansatz, der den Betroffenen wirklich hilft."

Eine Einschätzung, die Altersforscherin Adelheid Kuhlmei teilt. Ihr Fazit: "Noch ist es uns nicht gelungen, ein akut gut funktionierendes Gesundheitssystem so zu erweitern, dass die Langzeitversorgung chronisch und mehrfach erkrankter

Menschen funktioniert." Dazu gehörten auch die Schnittstellenprobleme, "die sich beim Übergang von der stationären in die ambulante Behandlung ergeben".

Mehr Anträge, mehr Mittel

Laut MDK wurden zu Beginn des Jahres deutlich mehr Anträge auf Pflegeleistungen gestellt – die entsprechende Zahl sei um ein Drittel im Vorjahresvergleich gestiegen.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass voraussichtlich 500.000 Menschen zusätzlich in den Anspruchsbereich der [Pflegeversicherung](#) kommen. Insgesamt stünden für die Pflege rund fünf Milliarden Euro mehr pro Jahr zur Verfügung.

Knapp 2,9 Millionen Menschen erhielten zuletzt Leistungen aus der Sozialen [Pflegeversicherung](#), davon gut zwei Millionen ambulant und mehr als 800.000 stationär.

73 Prozent der Pflegebedürftigen (2,08 Millionen) wurden im Jahr 2015 zuhause versorgt – die meisten von ihnen (1,38 Millionen) in der Regel allein durch Angehörige.

Mehr Infos zur [Pflegeversicherung](#): www.aok-bv.de (> Hintergrund > Dossiers > Pflege)

Mehr Infos zum Deutschen Pfl egetag: www.deutscher-pflegetag.de

Kommentieren (0)



Topics

Schlagworte

Pflege (5371)
AOK Pro Dialog (548)
Krankenkassen (17878)

Organisationen

AOK (7579)
Charité Berlin (3221)

Personen

Berliner Charité (14)
Harald Weinberg (99)
Maria Klein-Schmeink (199)
Maria Michalk (50)
Thomas Hommel (396)

Anzeige



Weitere Beiträge aus diesem Themenbereich



- › Kapitalanlage: Vor allem im Westen müssen neue Heime her
- › Ein Tabuthema?: Mehr Demenzkranke in Schleswig-Holstein
- › Erste Studienergebnisse beim Rechtsmedizinerkongress: Riskanter Umgang mit Psychopharmaka in
- › Arbeitsbedingungen: Neues Projekt für Pflegekräfte vorgestellt
- › "Das ist natürlich eine Katastrophe": Kinderintensivstation muss Patienten abweisen
- › Expertenforum: Wie wirkt sich das PpSG auf die Kliniken aus?
- › Statistisches Landesamt: Mehr Patienten in NRW erhalten Reha

Schreiben Sie einen Kommentar

Überschrift

Text

Zum Kommentieren bitte anmelden.

Anmelden

Die Newsletter der Ärzte Zeitung

Lesen Sie alles wichtige aus den Bereichen Medizin, Gesundheitspolitik und Praxis und Wirtschaft.

NEU als Themen abonierbar: **Frauengesundheit** und **Kindergesundheit**

[Newsletter bestellen »](#)

Hausmittelchen

Wer viel Wasser trinkt, beugt Harnwegsinfekten vor

Den Ratschlag, viel zu trinken, sollten sich Frauen nicht nur während eines Harnwegsinfektes zu Herzen nehmen. Auch wer danach reichlich Wasser trinkt, profitiert davon. [mehr »](#)

Arbeitsunfähigkeit

In der Praxis oftmals auch knifflige Fälle

Die Regeln, wie und wann ein Arzt einen Patienten krankschreiben darf, sind in der Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie festgehalten. In der Praxis gibt es jedoch viele knifflige Fälle. [mehr »](#)

Abrechnungstipp

Handlungsbedarf bei Chronikerpauschale!

Die Chronikerzuschläge für Hausärzte bleiben eine der dringendsten Hausaufgaben für die Selbstverwaltung. Es wird Zeit, die alten bürokratischen Zöpfe abzuschneiden, meint unser Abrechnungsexperte. [mehr »](#)

suchen...



Pflege

Rehabilitation

Ihre Meinung ist gefragt!



Digitalisierungsreport

App auf Rezept und mehr? Wohin geht die Reise für Arzt und Patient? Ihre Meinung zur digitalen Versorgung ist gefragt!

[Zur Umfrage](#)

Leserfavoriten

gelesen versendet gesucht kommentiert

- Rote-Hand-Brief: Hydrochlorothiazid könnte das Risiko für weißen Hautkrebs erhöhen
- › Versorgungsvertrag: Braun BKK setzt auf Telemedizin
- › Gesundheitspolitik: Europäischer Kampf gegen Diabetes
- › Interview: "Mich überrascht es immer, wie resilient Menschen sind"
- › Großunglücke: Vergangenheit, die nicht vergeht
- Langzeitdaten: Frühe, effektive Therapie bei Diabetes zahlt sich aus

Der BREXIT-Blog



Im Wochenrhythmus schildert Blogger Arndt Striegler, der seit über 30 Jahren auf der Insel lebt, die politischen und kulturellen Folgen des Brexit.

Aktuell: [Das Brexit-Brimborium](#)

Neue Beiträge zu

- › [Berufspolitik](#)
- › [Brexit](#)
- › [Bundestagswahl 2017](#)
- › [Flüchtlinge](#)
- › [Gesundheitspolitik international](#)
- › [Gesundheitswirtschaft](#)
- › [Krankenkassen](#)
- › [Pflege](#)
- › [Politik & Gesellschaft](#)
- › [Prävention](#)
- › [Psychotherapeutische Versorgung](#)

Seiten-Index

Politik

Arzneimittelpolitik
ASV
Berufspolitik
Bedarfsplanung
Gesundheitspolitik international
Gesundheitswirtschaft
Gewerkschaften
Krankenkassen
Medizinethik
Nutzenbewertung
Öffentlicher Gesundheitsdienst
Organspende
Pflege
Prävention
Psychotherapeutische Versorgung
Selektivverträge
Sterbebegleitung/Sterbehilfe
Versorgungsforschung

Panorama

Doping
Ernährung
Medizintourismus
Reise / Reisemedizin
Sport / Sportmedizin

Krankheiten

Adipositas
Allergien
Asthma/COPD
Atemwegskrankheiten
Augenkrankheiten
Demenz
Diabetes mellitus
Haut-Krankheiten
Herz-Gefäßkrankheiten
HNO-Krankheiten
Hormonstörungen
Infektionen
Krebs
Magen-Darmkrankheiten
Neuro-psychiatrische Krankheiten
Schmerzen
Seltene Erkrankungen
Skelett- & Weichteilkrankheiten
Urologische Krankheiten

Sonderpublikation

AOK Pro Dialog
Plattform zur Nutzenbewertung
Sonderberichte

Fachbereiche

AINS
Allgemeinmedizin
Augenheilkunde
Chirurgie
Dermatologie
Endokrinologie
Gastroenterologie
Geriatric
Gynäkologie
HNO
Immunologie /
Mikrobiologie
Kardiologie
Manuelle Medizin
Nephrologie
Neurologie / Psychiatrie
Nuklearmedizin / Radiologie
Onkologie
Orthopädie
Psychotherapie
Pädiatrie
Pneumologie
Rheumatologie
Sonstige Fachbereiche
Urologie
Zahnmedizin

Praxis & Wirtschaft

Abrechnung / Ärztliche
Vergütung
Arzt und Patient
Arzthaftung
Assistenzberufe
Aus-, Weiter- und Fortbildung
Betriebsmedizin
Datenschutz
E-Health
Finanzen/Steuern
Gesundheitskarte
IGeL
Internet & Co.
Junge Ärzte
Klinik-Management
Medizintechnik
Medizinprodukte
MVZ
Netze und Kooperation
Praxis-EDV
Praxisabgabe / -übernahme
Praxismanagement
Qualitätsmanagement
Recht
Regress
Rezepte & Co.
Telemedizin
Unternehmen
Vertragsrecht
Zertifizierte Fortbildung

Regionen

BaWü
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
MeckPom
Niedersachsen
NRW
Nordrhein
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen
Westfalen-Lippe

Ärzte Zeitung

Abonnement
Print-Produkte
App-Ausgabe
Newsletter
Registrierung
Kontakt
Impressum
Facebook
Twitter
RSS
Rubrikanzeigen
Mediadaten
Themenplaner
Verlag
Ihr Weg zu uns
AGB
Datenschutzerklärung
Sitemap

Mehr

- Bildergalerien
- Karriereportal
- Kongresskalender
- Quiz
- Umfragen
- WebTV

Sie finden uns auch auf:

